

Zulassung von Glyphosat verlängert

EU-KOMMISSION Unkrautvernichtungsmittel weitere 18 Monate erhältlich – Neues Gutachten

Brüssel. Die EU-Kommission hat die Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat um zunächst bis zu anderthalb Jahre verlängert. Bis dahin soll eine neue Studie der EU-Chemikalienagentur ECHA das Mittel erneut unter die Lupe nehmen, wie die Kommission am Mittwoch in Brüssel mitteilte. Die EU-Kommission konnte die Verlängerung des vor allem in der Landwirtschaft eingesetzten Mittels beschließen, nachdem die EU-Staaten sich wiederholt nicht auf eine

Erneuerung oder Verlängerung der Lizenz einigen konnten. Hätte die EU-Kommission sich nun ebenfalls enthalten, wäre die Zulassung für Glyphosat Ende Juni, also an diesem Donnerstag, ausgelaufen.

Die Verlängerung stieß auf ein geteiltes Echo. „Die 8250 Tonnen Glyphosat, die in den kommenden 18 Monaten allein in Deutschland auf die Äcker gelangen, sind 8250 Bücklinge vor Monsanto und Co“, erklärte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit Blick auf den US-

Konzern Monsanto, einen der Haupthersteller von Glyphosat-Mitteln. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) verlangte, dass die Bundesregierung nach der Enthaltung auf EU-Ebene daheim ein nationales Verbot von Glyphosat erlassen solle, wie es andere EU-Mitgliedstaaten vorgemacht hätten oder planten.

Der Grünen-Politiker Martin Häusling zog eine Verbindung zum Brexit. „Mit einem Stopp von Glyphosat hätte die Europäische Kommission zeigen können, dass

sie die auch nach dem britischen Referendum deutlich gewordene Skepsis vieler Bürger gegenüber Entscheidungen in der EU ernst nimmt“, erklärte der Europaabgeordnete. Lob für die Entscheidung kam hingegen vom CDU-Europaabgeordneten Jens Gieseke. Das Verfahren der Neuzulassung des Pflanzenschutzmittels hatte schon 2012 begonnen. Die Internationale Agentur für Krebsforschung hatte Glyphosat als „wahrscheinlich krebserzeugend bei Menschen“ eingestuft. (epd)